

LEITARTIKEL: „Wir wollen weiter für die Menschen kämpfen“



Von
Josef Mederer,
Bayerischer Be-
zirktagspräsident

Kurz vor einem zu Ende gehenden Jahr ist man geneigt, inne zu halten. Doch eigentlich ist dafür nicht die Zeit. Denn wir leben in einer Zeit dramatischer Umbrüche, global gefährlicher, kriegerischer Konflikte und besorgniserregenden Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus. Wie sehr dabei die große Welt im Kleinen angekommen ist, zeigt sich besonders in der Flüchtlingskrise, die nicht nur auf Europa, Deutschland und Bayern im Gesamten, sondern auch bei uns in den Kommunen ganz unmittelbar durchschlägt. Die Bezirke stehen in dieser wohl größten politischen und gesellschaftlichen Herausforderung seit Ende des Zweiten Weltkriegs vor der schwierigen Aufgabe, die Folgen dieser Krise mit Blick auf die immer noch steigende Zahl der unbegleiteten einreisenden minderjährigen Flüchtlinge bewältigen zu müssen. Unsere Kernbotschaft an den Freistaat Bayern ist hier seit langem unverändert: Bayern muss alle Kosten für die Versorgung dieser jungen Menschen übernehmen! Ansonsten werden die Bezirke sehr bald um einen spürbaren Anstieg der Beitragsumlage nicht umhin kommen, was angesichts der enormen finanziellen Belastungen der gesamten kommunalen Familie niemand wollen kann.

Leider hat der Freistaat unserer Forderung bisher nur zum Teil entsprochen, doch bin ich mir sicher, dass der Zwang der Gegebenheiten, vor die wir alle im kommenden Jahr gestellt sein werden, hier doch noch ein Umdenken bringt. Erfreulich ist, dass es auf Grund des Drängens der Kommunen gelungen ist, die Zuständigkeit der Jugendämter für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge neu zu regeln. Diese werden nun bundesweit nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt. Die Jugendhilfekosten, die in bayerischen Jugendämtern für diese jungen Menschen entstehen, werden diesen über die Bezirke erstattet.

Doch das ist nur die „halbe Miete“. Unbefriedigend bleibt, dass der Freistaat seine Erstattung dieser Jugendhilfekosten an die Bezirke auf die Zeit bis zur Volljährigkeit der Minderjährigen beschränkt. Damit müssen trotz eines bundesrechtlichen Anspruchs der Jugendämter auf Kostenerstattung etwaige Jugendhilfekosten für inzwischen volljährig gewordene Flüchtlinge in Bayern kommunal über die Beitragsumlage finanziert werden. Angesichts der weiter wachsenden Fallzahlen wird dies bei den Bezirken zu erheblichen Mehrbelastungen führen, die letztlich an die Umlagezahler weitergegeben werden müssen. Das kann so nicht bleiben, weshalb ich nochmals an die Staatsregierung appelliere, hier künftig die Kosten altersunabhängig und ohne Zwischenschaltung der Bezirke zu übernehmen.

Begleitet hat uns in diesem Jahr auch der Einsatz für ein neues Bundesteilhabegesetz. Dazu war unsere Vollversammlung in Amberg im Sommer ein großer Erfolg. In einem weit über Bayern hinaus beachteten Eckpunkte-Papier formulierten wir auch unsere Erwar-

tungen zugunsten der betroffenen Menschen mit Behinderung: Deutliche Anhebung der Einkommens- und Vermögensfreibeträge für Teilhabeleistungen und eine verbesserte Teilhabe am Arbeitsleben. Hier gilt es, im besten Sinne einer gelebten Inklusion, Alternativen zu der Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen zu schaffen sowie dafür Sorge zu tragen, dass diese verstärkt und nachhaltig auch am Ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen können.

Darüber hinaus sollen, so unsere Forderung, auch Menschen, die derzeit in vollstationären Einrichtungen der Behindertenhilfe wohnen, einen uneingeschränkten Anspruch auf ambulante Leistungen der Pflegeversicherung genauso wie der Krankenversicherung bekommen. Insgesamt stehen wir hier für ein Mehr an selbstbestimmtem Leben, für alle Chancen einer Inklusion, die den Betroffenen im Alltag, in Freizeit und Beruf ein Höchstmaß an Eigenständigkeit ermöglicht.

TeilhabeGesetz liegt auf Eis

Derzeit liegt das Bundesteilhabegesetz in Berlin auf Eis. Im Frühjahr aber soll es im Bund dazu wichtige Weichenstellungen geben. Bis dahin werde ich nicht lockerlassen, unser Forderungspaket immer wieder mit Nachdruck zu vertreten, um dieses neue Gesetz zu einem Erfolg für die Menschen mit Behinderung zu machen. Im Kontext dieses Einsatzes muss auch ein Wort zum Thema Wohnen gesagt werden. Hier konkurrieren derzeit Menschen mit und ohne Behinderungen um ohnehin denkbar knappen und maßlos überbewerteten Wohnraum. Ich werde mich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass auch Menschen mit Behinderung bezahlbaren Wohnraum finden können. Wenn Barrierefreiheit mehr als nur ein Schlagwort sein soll, kann sich diese gerade im Bereich des Wohnens beweisen.

Dafür auf allen Ebenen zu kämpfen, bleibt für die Bezirke Auftrag auch im neuen Jahr. Ein Letztes möchte ich sagen zum Thema Forensik. Hier trat 2015 ein neues Maßregelvollzugsgesetz in Kraft, an dessen Ausgestaltung wir maßgeblich mitgewirkt haben. Mehr rechtliche Sicherheit für Beschäftigte wie Patienten, mehr Offenheit und Transparenz gehen in der Forensik mit diesem neuen Gesetz Hand in Hand. Damit gelingt es uns, die Psychiatrie im Allgemeinen und die Forensik im Besonderen ein Stück weiter aus der Grauzone einer immer noch spürbaren Stigmatisierung herauszuholen.

Das ist notwendig, um die Chancen und Angebote einer modernen und menschlichen Psychiatrie in der Öffentlichkeit stärker zu verankern. Wenn je ein Gesetz dazu einen Beitrag hat leisten können, dann ist es dieses neue Maßregelvollzugsgesetz. So schließt sich zum Jahresende ein Kreis von Erreichtem und noch zu Leistendem. Wir haben Grund, optimistisch nach vorn zu schauen. Einsatz und gute Argumente in allen Sachfragen sind unser Pfund für ein erfolgreiches Wirken auf allen Aufgabenfeldern. Dafür werde ich auch im neuen Jahr mit Leidenschaft stehen. Ihnen allen, die uns begleiten und mit uns arbeiten, ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr 2016!

BKH Günzburg feiert mit politischem Festakt den Abschluss eines erfolgreichen Jubiläumsjahres

Eine Klinik wird 100 Jahre

Mit einem Festakt hat das Bezirkskrankenhaus (BKH) Günzburg sein Jubiläumsjahr zum 100-jährigen Bestehen abgerundet. Die bayerische Gesundheitsministerin Melanie Huml sagte, die Klinik nehme eine herausragende Rolle bei der Versorgung psychisch kranker Menschen ein. Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert, zugleich Verwaltungsratsvorsitzender der Bezirkskliniken Schwaben, unterstrich die innovative, professionelle Arbeit der 1500 Beschäftigten des BKH zum Wohle der Menschen in der Region.

Das BKH Günzburg ist das größte Fachkrankenhaus für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik in Schwaben. Es hat insgesamt 442 Betten und vereint alle neurowissenschaftlichen Disziplinen auf einem Gelände. Die Klinik für Neurochirurgie mit ihren 52 Betten gehört zu den größten neurochirurgischen Kliniken in Bayern. Jährlich werden dort etwa 2000 Patienten operiert. „Von diesem hervorragenden Versorgungsangebot profitieren auch Patienten in anderen Krankenhäusern“, so Ministerin Huml. Ähnliches gelte für Schlaganfall-Patienten.

In der neurologischen Fachklinik des BKH besteht ein überregionales Schlaganfallzentrum mit eigener Frührehabilitation. Diese Spezialstation, eine zertifizierte Stroke Unit, ist Teil eines Netzes von 20 derartigen Einrichtungen in Bayern. Das BKH Günzburg ist daneben mit dem Klinikum Großhadern und dem Klinikum Ingolstadt eines der drei Zentren des telemedizinischen Schlaganfallnetzwerkes NEVAS, das für die Region Südwestbayerns errichtet wurde. Huml: „Durch die telemedizinische Vernetzung ist auch in dieser Region an derzeit 14 Kliniken eine flächendeckende, hochqualifizierte Schlaganfallversorgung auf dem neuesten wissenschaftlichen Stand möglich geworden.“

Der Freistaat habe dem Bezirk Schwaben und seinen Bezirkskliniken seit 1980 insgesamt 270 Millionen Euro für Bauvorhaben bereitgestellt. „Und wir machen gerne weiter“, sagte Ministerin Huml vor dem Hintergrund des geplanten Neubaus der Psychiatrie und Psychosomatik plus Radiologiezentrum am BKH Günzburg.

Der Bezirk Mittelfranken beschäftigt jetzt einen eigenen Popularmusik-Beauftragten

Eine Lobby für den Rock

Mit dem Bezirk Mittelfranken gibt es nun in sechs bayerischen Bezirken einen Popularmusikberater. Die Idee dazu stammte vom bayerischen Rockintendanten Bernd Schweinar.

Nach einem missglückten Versuch im Bezirk Schwaben und einer ehrenamtlichen Besetzung im Bezirk Oberfranken wurde 2001 die erste hauptamtliche Stelle im Bezirk Unterfranken geschaffen. Mit den städtischen Fachstellen in München, Augsburg und Nürnberg ist ein bayernweites Netzwerk entstanden, dessen jüngstes Mitglied der 27-jährige Andreas Jäger, der hauptamtliche Popularmusikberater des Bezirks Mittelfranken, ist. Der studierte Wirtschaftsingenieur ist seit zwölf Jahren aktiver



Beim Anschneiden der Geburtstagstorte: (von links) Pflegedirektor Georg Baur (BKH Günzburg), Professor Peter Falkai (LMU München), Vorstandsvorsitzender Thomas Düll (Bezirkskliniken Schwaben), Regionalleiter Gerhard Kramer (BKH Günzburg), Gesundheitsministerin Melanie Huml, Professor Thomas Becker (Leitender Ärztlicher Direktor BKH Günzburg), Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert (zugleich Verwaltungsratsvorsitzender Bezirkskliniken Schwaben), und Personalratsvorsitzender Franz Hörmann (BKH Günzburg).

FOTO SCHALK

Bezirkstagspräsident Reichert ist froh über den Startschuss für den Neubau der Psychiatrie am Standort. Menschen würden auch 100 Jahre alt, seien aber oft nicht mehr so fit. „Die Klinik in Günzburg ist total fit“, meinte Reichert. Sie sei gut ausgestattet, ins Gesellschaftssystem eingebettet und erfolgreich in der medizinischen und ökonomischen Qualität. „Der Bürger ist hier gut aufgehoben.“

Der länderübergreifende Staatsvertrag zwischen der Uni Ulm (Baden-Württemberg) und dem BKH Günzburg (Bayern), der 1977 geschlossen wurde, habe den Weg bereitet, dass im Raum Günzburg eine „optimale Versorgungsstruktur mit exzellenter Medizin auf dem Lande“ entstanden sei, sagte Reichert.

Thomas Düll, Vorstandsvorsitzender der Bezirkskliniken Schwaben, zitierte aus Zeitungsberichten aus dem Gründungsjahr und verdeutlichte damit, wie schwer die Anfangszeit gewesen

ist. „Damals herrschte Krieg“, so Düll. Seither gebe es eine stetige Fortentwicklung hin zu einem modernen, humanen Grundsätzen verpflichteten Bezirkskrankenhaus mit allen neuro-wissenschaftlichen und psychiatrisch-psychotherapeutischen Fachdisziplinen sowie vielen weiteren Funktionsbereichen. „Unser Gesundheitsunternehmen weist ein Alleinstellungsmerkmal in Deutschland auf: Jede unserer psychiatrischen Kliniken befindet sich inzwischen innerhalb im oder in direkter Nachbarschaft zu einem Allgemeinkrankenhaus“, sagte Düll.

Mit dieser integrativen Psychiatrie seien somatische und psychiatrische Medizin zusammengerückt, was viele Vorteile für Patienten, Angehörige und Behandler aller Kliniken habe. Damit leiste der Krankenhausträger einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Ängsten und Vorurteilen in der Gesellschaft. Leitender Ärztlicher Direktor Professor Thomas Becker

blickte auf die Geschichte des BKH Günzburg zurück. Sie begann am 2. September 1915 als Heil- und Pflegeanstalt mit zwölf Patienten. Während der Zeit des Nationalsozialismus seien hier 350 psychisch kranke Menschen zwangssterilisiert sowie 394 Menschen aus Günzburg in Tötungsanstalten verlegt und ermordet worden – das dunkelste Kapitel in der Geschichte der Klinik, das im Festjahr würdevoll in Erinnerung gebracht wurde.

Heute, so Becker, konzentriert sich das BKH als einziges Fachkrankenhaus Deutschlands ausschließlich und in vollem Umfang auf Diagnostik, Behandlung und Integration von Patienten mit sämtlichen Erkrankungen des zentralen und peripheren Nervensystems. „Diese besondere Konzentration auf Seele und Gehirn an diesem Standort wird gestärkt durch die universitäre Ausrichtung des Krankenhauses“, betonte der Ärztliche Direktor.

> GEORG SCHALK



Andreas Jäger, selbst Band-Leader, ist von Haus aus Wirtschaftsingenieur.

FOTO

ein Gebäude, das auch die Trachtenberatung sowie das Büro des Fränkischen Sommers beherbergen wird.

Aber schon jetzt hat Jäger begonnen, ein Netzwerk aufzubauen, Bands zu coachen, Veranstalter zu beraten, über die GEMA oder die Künstlersozialversicherung zu informieren um sich so einen Namen

Bezirk Oberbayern gibt 2016 rund 1,6 Milliarden Euro für soziale Hilfen, Hilfe zur Pflege und Kulturelles aus

„Können unsere Aufgaben gut erfüllen“

Der Bezirk Oberbayern gibt 2016 rund 1,6 Milliarden Euro für soziale Hilfen, Hilfe zur Pflege und kulturelle Aufgaben aus.

Über 90 Prozent fließen in die sozialen Kernaufgaben des Bezirks Oberbayern. Der oberbayerische Bezirksstag verabschiedete den Haushalt einstimmig. „Mit diesem Etat können wir unsere Auf-

gaben gut erfüllen“, sagte Oberbayerns Bezirkstagspräsident Josef Mederer.

Die Beitragsumlage bleibt stabil bei 19,5 Prozent. Trotzdem sieht Mederer den Bezirk Oberbayern 2016 vor großen Herausforderungen. Für die Betreuung von jungen unbegleiteten Flüchtlingen, die nach ihrem 18. Geburtstag weiter

Leistungen der Jugendhilfe erhalten, rechnet der Präsident mit Zusatzausgaben von bis zu 120 Millionen Euro.

Verantwortlich ist eine neue Rechtslage seit 1. November 2015. Demnach erstattet der Freistaat den Bezirken nur noch die Kosten für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge. Sobald diese volljäh-

rig sind, aber weiterhin Leistungen der Jugendhilfe erhalten, müssen die Bezirke die Ausgaben alleine tragen. Mederer: „Die Kommunen sind von dieser Aufgabe finanziell überfordert. Ich bleibe dabei: Der Freistaat muss für alle jugendlichen Flüchtlinge zahlen – egal, wie alt sie sind.“

> CONSTANCE MAUERMAYER

SILBERNE EHRENMEDAILLE DES BEZIRKS

Hubert Weiger ausgezeichnet

Der Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Vorsitzende des BUND Naturschutz in Bayern, Hubert Weiger, wurde mit der Silbernen Ehrenmedaille des Bezirks Oberfranken ausgezeichnet. Bezirkstagspräsident Günther Denzler würdigte damit „das lebenslange Engagement des ausgewiesenen Fachmanns für den

Umwelt- und Naturschutz in Oberfranken“.

In Oberfranken hatte Weiger sich in der Vergangenheit unter anderem für das sogenannte Flussparadies Franken und den Nationalpark Steigerwald eingesetzt. Außerdem kämpfte der diplomierte Forstwirt und Hochschullehrer in den 1970er und 1980er Jahren gegen den Uranabbau im Fichtelgebirge. > E.B.